

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Wolfgang Albers (LINKE)**

vom 08. März 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. März 2012) und **Antwort**

#### Studentisches Wohnen in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie hoch ist der Anteil der Studierenden in Berlin, die eine Unterkunft in einem Berliner Studentenwohnheim gefunden haben, an den in Berlin Studierenden insgesamt und an den, gegebenenfalls geschätzt, einen Wohnheimplatz oder eine Wohnung nachfragenden Studierenden?

Zu 1.: Zum Stichtag 01.11.2011 haben 9343 Studierende in einem Studentenwohnheim des Studentenwerks Berlin gewohnt. Dies sind 132 Studierende weniger, als Plätze zur Verfügung stehen. Die Plätze standen sanierungsbedingt leer. Zum gleichen Stichtag

studierten 142 227 Studierende an den staatlichen Hochschulen und Hochschulen, die eine Kooperationsvereinbarung mit dem Studentenwerk Berlin haben. Auf der Warteliste hatten sich ca. 800 Studierende eingetragen.

2. Wie haben sich das Angebot an Wohnheimplätzen und die Nachfrage nach Wohnheimplätzen in Berlin seit 2005 entwickelt?

Zu 2.:

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Plätze <sup>1</sup>	10 464	10 492	10 470	9 847	9 731	9 694	9475	9475
Warteliste <sup>2</sup>							ca. 800 <sup>3</sup>	294 <sup>4</sup>

<sup>1</sup> einschließlich der Plätze im Internationalen Studienzentrums (ISB) und im Studentenwohnheim und -hotel Hubertusallee.

<sup>2</sup> Wartende Bewerber/innen können erst seit dem 01.07.2011, seit Einführung der Online-Bewerbungssoftware, ausgewertet werden.

<sup>3</sup> zum Beginn des Wintersemesters 2011/2012

<sup>4</sup> Studierende, die bis zum Sommersemester 2012 einziehen möchten. Stand: 14.03.2012

3. Wie viele der angebotenen Wohnheimplätze befinden sich in Einzelappartements, wie viele in Zweibett- und Mehrbettzimmern?

Zu 3.: In den angebotenen Wohnheimplätzen befinden sich 3162 Einzelappartements, 177 Doppelzimmer und keine Mehrbettzimmer.

4. Welche Anstrengungen unternimmt der Senat zur Bereitstellung studentischen Wohnraums angesichts der Tatsache, dass es derzeit nahezu keine freien Wohnheimplätze beim Studentenwerk Berlin mehr gibt und Wartezeiten auf einen Wohnheimplatz zum Teil bis zu 12 Monate betragen?

Zu 4.: Die Versorgungsquote (Wohnheimplätze zu Studierenden) des Studentenwerks liegt im deutschlandweiten Vergleich im Mittelfeld (2010: 31. Platz von 57 Studentenwerken). Die Höhe der Miete pro Wohnplatz ist beim Studentenwerk Berlin im deutschlandweiten Vergleich unterdurchschnittlich (46. Platz von 57).

Mit der Zustimmung des Senats investiert das Studentenwerk Berlin in den Jahren 2010 – 2015 fast 50 Mio. Euro vor allem in qualitative Verbesserungen des Wohnheimbestandes.

Darüber hinaus strebt der Senat an, den Anteil an studentischen Wohnheimplätzen zu erhöhen, zum Beispiel in Kooperation mit landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften.

5. Wie bewertet der Senat die Angebote für studentisches Wohnen auf dem Berliner Wohnungsmarkt und welche Angebote gibt es hierbei insbesondere von den landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften?

Zu 5.: Aus bisherigen Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks geht auch für Berlin hervor, dass der seit vielen Jahren vorrangig geäußerte Wohnungswunsch von Studierenden „eine Wohnung für sich allein“ ist. Die meisten angehenden Studierenden suchen also zunächst eine Wohnmöglichkeit auf dem Wohnungsmarkt, möglichst in der Nähe ihrer Studieneinrichtungen. Finden sie keine eigene geeignete und bezahlbare kleine Wohnung, ist auch Wohnraum innerhalb von Wohngemeinschaften in großen Wohnungen gefragt. Die studentische Nachfrage richtet sich also vorrangig auf kleine preisgünstige Wohnungen, die gleichzeitig auch mit anderen Bedarfsgruppen konkurriert, z. B. Berliner 1- und 2-Personen-Haushalte (80 % aller Haushalte), darunter Wohnungslose, von Wohnungslosigkeit bedrohte, Alleinerziehende und Transferleistungsempfänger/innen. Darüber hinaus hat sich seit Jahren ein eigener Wohnungsmarkt von Wohngemeinschaften herausgebildet, der den hohen Anteil großer Berliner Wohnungen nutzt, die infolge der abnehmenden Anzahl großer Haushalte (s.o.) zunehmend

verfügbar und durch mehrere Nutzer/innen auch finanzierbar sind.

Der deutliche Anstieg der Studienanfängerinnen und -anfänger in Berlin und die begrenzten Angebote in studentischen Wohnheimen verstärken die Konkurrenz mit anderen Nachfragergruppen um dieselben preisgünstigen kleinen Wohnungen.

Die Wohnungsbaugesellschaften gehen mit der Problematik unterschiedlich um. Die HOWOGE hält keine gesonderten Wohnungen für Studierende vor. Studierende werden jedoch in die Vermietungstätigkeit mit einbezogen. Insbesondere der Anteil an kleinen Wohnungen der HOWOGE ist für die Gruppe der Studierenden interessant.

Die Gesellschaft DeGeWo hat zum Beispiel feste Angebote für Studierende. Folgende Programme werden angeboten:

1. Aktion "2 Semester 1/2 Miete", jeweils rechtzeitig vor Beginn des Wintersemesters: Wohnungen für Studierende und Auszubildende. Mietrabatt 50 % auf die Gesamtmiete für 1 Jahr, danach geringerer Mietnachlass für weitere 1-2 Jahre im Ermessen des Kundenzentrums. Alle Kundenzentren sind beteiligt. Die Durchführung im Jahre 2012 ist zwar noch nicht beschlossen, aber doch wahrscheinlich.

Vermietungen in der Studentenaktion: 2009: 137, 2010: 139, 2011: 75.

2. Mietnachlass des Kundenzentrums Köpenick für HTW-Studierende (HTW – Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) für ausgewählte Wohnungen: 30 % Nachlass auf die Nettokaltmiete im ersten Jahr, 20 % im zweiten Jahr, 10 % im dritten Jahr.

3. Angebot des Kundenzentrums Nord für Wohnungen im "Seniorenwohnhaus" (eigentlich jetzt "Mehrgenerationenhaus") Swinemünder Straße im Brunnenviertel. Vor 4 Jahren ist das Seniorenhaus für Studierende eröffnet und dort erfolgreich generationsübergreifendes Wohnen eingerichtet worden. Derzeit sind 44 von 103 Bewohnern/innen Studierende, dieses Angebot gilt weiterhin: die DeGeWo hat angefangen, es auf das Seniorenhaus Ackerstraße im Brunnenviertel auszuweiten.

Berlin, den 20. März 2012

In Vertretung

Dr. Knut Nevermann  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. April 2012)